

VIII. B. 43

Flur-Ordnung

für

die Gemeinde N. N.

Entwurf.

(Von der Commission des Land- und Forstwirthschaftlichen
Zweig-Vereins für die Umgegend von Goslar
zur weiteren Verathung vorgelegt.)

VIII.B.

43

December 1853.

Druck von George Meyer in Salzgitter.



Flur-Ordnung

für

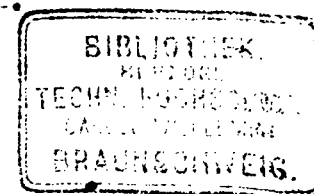
die Gemeinde N. N.

Entwurf.

(Von der Commission des Land- und Forstwirthschaftlichen
Zweig-Vereins für die Umgegend von Goslar
zur weiteren Berathung vorgelegt.)



December 1853.



Druck von **George Meyer** in Salzgitter.

I n h a l t.

Einleitung.

Uebersicht gesetzlicher Bestimmungen.

1. Flurordnungen betreffend;
2. die polizeilichen Rechte der Gemeinde betreffend;
3. die zur Ausübung der Gemeinde-Polizei bestimmten Personen betreffend.

Erster Theil.

Allgemeine Fürsorge der Polizei.

- I. der Ortspolizei §§. 1 — 5.
- II. der Feldmark-Polizei,
 - A. Allgemeine Pflege landwirthschaftlicher Interessen §§. 6 — 12.
 - B. insbesondere in Bezug auf Gemeinheiten und Gemeinde-Anlagen §§. 13 — 22.
 - C. in Bezug auf die ganze Feldmark §§. 23 — 26.

Zweiter Theil.

Estrafbestimmungen, (deren Anwendung der Gemeinde mit zusteht.)

- I. des Polizei-Strafgesetzes §§. 27 — 43.
- II. der Gemeinde,
 - A. die Ortspolizei betreffend §§. 44 — 57.
 - B. die Feldmark-Polizei betreffend §§. 58 — 60.

Dritter Theil.

Von den, zur Ausübung polizeilicher Rechte in der Gemeinde befugten Personen,

- I. Gemeinde-Vorsteher und Beigeordnete §§. 61 — 65.
- II. Feldgeschworne §§. 66 — 99.
- III. Gemeindediener §§. 100 — 111.
- IV. Privatpersonen §§. 112 — 113.

Vierter Theil.

Von dem Verfahren bei Ausübung polizeilicher Thätigkeit der Gemeinde.

- A. Verfahren bei der allgemeinen Fürsorge der Polizei §§. 114 — 116.
- B. Verfahren bei Anwendung von Strafbestimmungen,
 1. bei Strafbestimmungen der Flurordnung,
 - a. Einforderung der Strafgebelter und des Schadenersatzes §§. 117 — 122.

- b. Pfändung §§. 123 — 125.
- c. gemeinschaftliche Bestimmungen §§. 126 — 131.
- 2. bei sonstigen Strafbestimmungen §. 132.

Schlußbemerkung.

Die Beschlußnahme der Gemeinde über Annahme und Einführung dieser Flur-Ordnung betreffend.



Einleitung.

Uebersicht der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen; betreffend:

- I. Flurordnungen.
- II. polizeiliche Rechte der Landgemeinden.
- III. die zur Ausübung dieser Rechte bestimmten Personen.

I. Flurordnungen betreffend.

1.

Vergehen gegen Flurpolizei (außer den im Gesetze ausdrücklich erwähnten) sind nach den Bestimmungen des Polizei-Strafgesetzes gegen Entwendung, Beschädigung, Gränzänderung u. s. w., oder nach der Flurordnung für den Bezirk der Gemeinde zu bestrafen.

2.

Durch solche Flurordnungen können auch für leichtere Fälle von Entwendungen, Beschädigungen, Gränzänderungen und sonstigen Feld- und Weidesebellen die Strafen des Polizei-Strafgesetzes so weit nöthig bestimmter, jedoch innerhalb des gesetzlichen Maaßes, festgestellt werden.

Polizei-Strafgesetz vom 25. Mai 1847. §§. 252 und 253.

II. Die polizeilichen Rechte der Landgemeinden betreffend.

3.

Den Landgemeinden steht, unter Obergewalt der Verwaltungs- Behörden, eine Theilnahme an der Handhabung der Polizei, namentlich auch die Ausübung der Flur- und Feldmarkspolizei zu.

Verfassungs-Gesetz vom 5. September 1848. §. 20.

4.

Ueber die im §. 20 des Verfassungs-Gesetzes vom 5. September 1848 den Landgemeinden zugesicherte Theilnahme an der Handhabung der Polizei soll durch besondere Gesetze das Nähere bestimmt werden.

5.

Den Amtsgerichten ist zugewiesen:

die Aburtheilung über Berufungen in denjenigen Polizei-Erstrachen, deren Untersuchung und Bestrafung den Gemeinden überlassen ist.

Gesetz über die Gerichts-Verfassung vom 8. November 1850, §§. 9, 17, No. 2.

6.

Die den Gemeinden zustehende Theilnahme an der Handhabung der Polizei begreift die Orts- und Feldmarkspolizei im Gemeinde-Bezirk.

7.

Diese Theilnahme ist unter Aufsicht der Verwaltungs-Behörden durch die Gemeinde-Beamten mit Hülfe der dazu geeigneten Gemeinde-Diener unter Mitwirkung der vom Staate angestellten Polizei-Offizianten auszuüben.

8.

Die Landgemeinden können für ihren Bezirk, mit Genehmigung der Obrigkeit, Flur-Ordnungen feststellen, auch sonst etwa nöthige Strafbestimmungen, bis 1 Thlr. einschließlich, gegen gemeinschädliche Handlungen oder Unterlassungen aufstellen.

9.

Außwärtige können wegen Uebertretung einer solchen Strafbestimmung, wenn letztere nicht schon in allgemeineren Bestimmungen des Polizei-Erstrachgesetzes liegt, nur dann zur Strafe gezogen werden, wenn nach Art der Kundmachung die Bekanntheit mit derselben bei ihnen anzunehmen ist.

10.

Die Landgemeinden sind befugt, von den Uebertretern der sub No. 8 bezeichneten Strafbestimmungen und der Strafbestimmungen in den §§. 73 bis 78, 229, 232, 235, 242 bis 249 des Polizei-Erstrachgesetzes die beivirt-

ken, sofern sie nicht über 1 Thlr. betragen, und den Ersatz des verursachten Schadens bis zu 3 Thlr. einschließlich, einzufordern und sie deshalb auf frischer That zu pfänden.

Gesetz, die Landgemeinden betreffend, vom 4. Mai 1852, §§. 52, 53, 54, 55, 56.

11.

Bei Feststellung von Strafbestimmungen (s. oben No. 8.) hat die Gemeinde-Versammlung (oder an deren Stelle der Gemeinde-Ausschuß) mitzuwirken.

Gesetz, die Landgemeinden betreffend, §. 25, No. 3. §. 38.

12.

Die von der Gemeinde-Versammlung oder dem Ausschusse beschlossenen Strafbestimmungen bedürfen zu ihrer Gültigkeit einer Bestätigung durch das Königliche Amt.

Gesetz, die Landgemeinden betreffend, §. 26, No. 3. Ministerial-Ausschreiben dazu vom 4. Mai 1852. §. 58, No. 2.

III. Betreffend die zur Ausübung der Gemeinde-Polizei bestimmten Personen.

13.

Der Gemeinde-Vorsteher hat die Ordnung in der Gemeinde zu handhaben und die den Gemeinden zugestandene Polizei auszuüben. Minist.-Ausschreiben vom 4. Mai 1852. §. 62.

14.

Die Unterstützung und Vertretung des Vorstehers, liegt den Beigeordneten ob. (Gemeinde-Gesetz, §. 3.)

15.

Zur Wahrnehmung einzelner Geschäfte können besondere Anstellungen erfolgen, deren Verhältnisse im einzelnen Falle festzusetzen sind. (Gemeinde-Gesetz, §. 4.)

16.

Gemeindebediener (Feldhüter) sind nach Bedürfniß mit Kündigungs-Vorbehalt anzunehmen, und von der Gemeinde zu lohnen. (Gemeinde-Gesetz, §. 5.)

Minist.-Ausschreiben vom 4. Mai 1852. §. 17.

17.

Bei Anstellung und Kündigung von besonders Angestellten (No. 15.) und von Gemeinbedienern (No. 16.) hat die Gemeinde-Versammlung (oder an deren Stelle der Gemeinde-Ausschuß), mitzuwirken.

Gemeinde-Gesetz, §. 25, No. 11. §. 38.

18.

Die besonderen Einstellungen (No. 15.) bedürfen einer Bestätigung durch das Königliche Amt.

(Gemeinde-Gesetz, §. 26, No. 9.)

Minist.-Aussschreiben vom 4. Mai 1852. §. 58, No. 2.



Erster Theil.

Allgemeine Fürsorge der Polizei.

I. Der Ortspolizei.

§. 1.

Die Ortspolizei hat im Allgemeinen dahin zu sehen, daß in der Ortschaft öffentliche Ordnung und gute Sitte herrsche, gemeingefährlichen Handlungen oder Unterlassungen entgegen gewirkt werde, Vergehen gegen Strafgesetze zeitig zur Anzeige und Bestrafung gelangen.

§. 2.

Dieselbe muß namentlich dahin zu wirken suchen, daß Trunkfälligkeit, Unzucht, verbotenes Spiel, Bettelerei und Landstreicherei, Dieberei, Schlägerei und öffentliche Ruhestörung nach den Bestimmungen der Gesetze,

Polizei-Strafgesetz von 1847

verhütet werden, die Feier der Sonn- und Festtage ungestört bleibe.

§. 3.

Es ist Pflicht der Ortspolizei, dahin zu sehen, daß bei dem Neubau oder Anbau von Gebäuden, den vorhandenen oder noch zu erlassenden Bau-Ordnungen gehörig Folge geleistet werde.

§. 4.

Die Ortspolizei hat Handlungen oder Unterlassungen, welche Feuerögefahr für Gebäude oder sonstige Gegenstände herbeiführen, nach Vorschrift der Gesetze und feuerpolizeilichen Anordnungen entgegen zu wirken,

Polizei-Strafgesetz, §. 137 — 166

die Beseitigung der Strohdächer und der in Strohdächern gelegten Ziegeldächer sich anlegen sein zu lassen, für genügende Einrichtung der Schornsteine und Schornsteinröhren,

Minist.-Bekanntmachung vom 22. Februar 1843,

und für zweckmäßige Einrichtung und Lage der Backöfen zu sorgen, die Feuerlösch-Geräthschaften in gehöriger Ordnung zu erhalten, erforderlichen Falls Feuerweiche anlegen zu lassen, regelmäßig zu bestimmten Zeiten in jedem Jahre Feuer-Visitationen mit Zuziehung der Feuergeschwornen vorzunehmen und die Anstellung tüchtiger Nachtwächter und Schornsteinfeger herbeizuführen.

§. 5.

Auf Entfernung gesundheitsschädlicher Anlagen, (z. B. übelriechender Pflügen im Dorfe etc.) sowie auf Einrichtung eines abgelegenen Platzes zur Ablederung und genügenden Verscharrung des crepirten oder getödteten Viehes ist Bedacht zu nehmen.

Allgemeine Fürsorge der Polizei.

II. Der Feldmarkspolizei.

A. Allgemeine Pflege und Förderung landwirthschaftlicher Interessen.

§. 6.

Die gesetzlichen und obrigkeitlichen Vorschriften, die sich auf Landwirthschaft und Feldpolizei beziehen, sind den Gemeinde-Mitgliedern zu verdeutlichen.

§. 7.

Nützliche landwirthschaftliche Verbesserungen, namentlich

Gemeinheitsheilungen und Verkoppelungen,
Ent- und Belwässerungen,
das Drainiren,
Verbesserung der Wiesen,
Anlage zweckmäßiger Zugangs- und Verbindungs-Wege,
ordnungsmäßige Feldbestellung und Feld-Eintheilung,
Anlage von Mergelgruben, Steingruben, Torfstichen u. dgl.,
Anpflanzung von Obst- und anderen Bäumen an öffentlichen Wegen und Plätzen,
Gartenbau und Obstbaumzucht,
Einrichtung von Baum-Pflanzungen zur Anzucht geeigneter

Obstsorten, (vergl. die Bekanntmachung der Prov. Regierung zu Hannover vom 24. Sept. 1821, für das Eichsfeld.)

Urbarmachung wüster Plätze,

zweckmäßige Einrichtung landwirthschaftlicher Geräthschaften (Schneibeladen, Pflüge, Eggen etc.),

Maßregeln zur Verhütung und Vertilgung schädlicher Thiere und Pflanzen, (cfr. unten §. 12.)

Vermeidung einer Wiederkehr von Krankheiten unter Vieh und Frucht (Kartoffeln=Faulesäuche) *)

sind zu befördern.

§. 8.

Für gehörige Unterhaltung und zweckdienlichen Schutz der nach §. 7. entstehenden Anlagen ist zu sorgen.

§. 9.

Verbesserung der Viehzucht durch Einführung veredelter Racen oder deren Kreuzung mit der einheimischen durch concessionirte Beschäler, kräftige Zuchstiere und Eber ist zu veranlassen.

cfr. Ausschreiben der Landdrostei zu Hildesheim vom 26. Mai 1824 den Gebrauch der Zuchthengste betreffend.

§. 10.

Auf Errichtung einer Ackerbau- oder Fortbildungsschule ist Bedacht zu nehmen.

*) cfr. Ministerial-Ausschreiben vom 30. November 1813, über Viehpest oder Löserbörre (Gutachten des Directors der Thierarznei-Schule). Bekanntmachung der Regierungs-Commission vom 10. Juli 1816, über Genuß verschlemmten Grases für Vieh (Gutachten desselben.) Bekanntmachung der Königl. Landdrostei zu Osnabrück vom 24. November 1838, Vorbeugung und Heilung verschiedener Viehkrankheiten betreffend. Ausschreiben der Landdrostei zu Hannover vom 3. Februar 1840, betreffend Maßregeln gegen die Lungenseuche des Hornviehes. Ausschreiben derselben vom 11. November 1842 und Bekanntmachung der Landdrostei zu Stade vom 18. August 1849, Gutachten über Verhütung und Heilung der Maulfäule und Klauenseuche beim Hornvieh. Verordnung vom 20. Juni 1843, die gegen Verbreitung des Rotzeß, des Wurms und des Grindeß bei den Pferden zu ergreifenden Maßregeln betreffend. Bekanntmachung der Landdrostei Hannover vom 19. März 1848, Vorschriftsmaßregeln gegen die Kartoffelkrankheit.

§. 11.

Die Schlichtung von Streitigkeiten, die durch Abpflügen, Gränz-
irrungeu oder durch Ausübung servitutischer und sonstiger dinglicher
Rechte entstehen, muß versucht werden.

§. 12.

Durch Beschluß der Gemeinde-Versammlung oder des Ausschuf-
ses kann bestimmt werden,

1. daß und auf welche Weise schädliche Thiere (Mäuse, Schnecken,
Maulwürfe, Hamster, Krähen u., gemeinsam und gleichzeitig
durch alle Grundbesitzer vertilgt werden sollen,
2. daß schädliches Unkraut (Disteln, Dreesen, Bucherblumen u.)
gemeinsam und gleichzeitig durch alle Grundbesitzer ausgerottet
werden soll. (cf. §. 63.)

cf. Minist. Instruction über Vertilgung der Bucherblumen
vom 31. Mai 1817.

Polizei-Strafgesetz §. 250.

Ausschreiben der Landdrostei in Hannover vom 19. Februar
1840 enthaltend eine Belehrung über Vertilgung des Heberichs.

3. daß jährlich zu bestimmter Zeit die Sperlinge getödtet, wie
viel Sperlingsköpfe von jedem Grundbesitzer jährlich nach
Verhältniß der Höfe oder des Grundbesitzes

z. B. von jedem Ackermanne 50 Stück,

" " Halbspänner 30 "

" " Rothhaffen 15 "

geliefert werden sollen und welche Strafe für jedes fehlende
Stück (z. B. 4 oder 6 Pfennige), in die Gemeinde-Casse ge-
zahlt werden soll. (cf. §. 62.)

4. daß die zum Taubenhalten berechtigten Grundbesitzer die Tau-
ben eine gewisse Zeit und wann? eingeschlossen halten sollen
(cf. §. 60 und 61.)

Allgemeine Fürsorge der Feldmarks-Polizei.

B. Insbesondere in Bezug auf Gemeinheiten und
Gemeinde-Anlagen.

§. 13.

Acker, Wiesen und Aenger, als Gemeingut zwischen privativen

Grundstücken belegen, sind gegen Verrückung der Gränze, Abpflügen
und Abgraben zu schützen und mit Gränzsteinen zu versehen.

§. 14.

Stellwannen an öffentlichen oder Gemeindegärten müssen ge-
hörig erhalten werden.

§. 15.

Für Wahrung der Umfangsgränzen der Lehm-, Mergel-
Sand- und Steingruben und für gehörige Ordnung bei Benutzung
dieser Gruben ist zu sorgen.

§. 16.

Es ist dahin zu sehen, daß das Flachsröten ordnungsmäßig
geschehe, namentlich daß zur Zeit des Flachsröstens alle Zuflußcanäle
gehörig geöffnet sind, daß das Wasser möglichst gleichmäßig vertheilt
wird, daß nach beendigter Rötezeit die Steine, welche zum Bedecken
des Flachses gedient haben, bei jeder Rötegrube gesammelt und in
Haufen gelegt werden, zum Bedecken des Flachses nur Steinmaterial,
kein Rasen oder Torf verwendet werde.

§. 17.

Es müssen von der Gemeinde die öffentlichen Wege und Brük-
ken im Gemeindebezirke in den gehörigen Stand gesetzt und darin
erhalten, auch Flüsse und Bäche geräumt, Dämme und Wasserzüge
erhalten und nöthigenfalls angelegt werden, soweit dieß Alles Ge-
meindesache ist.

Minist.-Ausschreiben über Landgemeinden vom 4. Mai 1852. §. 21.

§. 18.

Es ist für Wahrung der Gränzen der Gemeinde- und Feld-
Wege durch Steine oder sonstige dauerhafte Merkmale, für angemessene
Ausführung der Wege-Arbeiten, für pünktliche Ableistung der
Spann- und Handdienste zu sorgen.

§. 19.

Die Gemeinde-Weiden sind zu beaufsichtigen, namentlich zu dem
Zwecke, damit keine Verkürzung derselben (z. B. bei Benutzung der
darüber führenden Wege) eintrete, die Weideflächen von Strauchwerk
befreiet, Abzugsgräben, Uferbefestigungen, Brücken und dergleichen
angelegt werden, das Gras nicht abgemäht, sondern dem Viehe zum
Abweiden gelassen werde u. s. w.

§. 20.

Es ist Aufsicht über die Hirten zu führen und dahin zu sehen, daß die Ausübung des Weide-Rechts nur durch Hirten geschehe, daß die Weide nur in herkömmlicher Ordnung und mit den berechtigten Vieharten an den bestimmten Weideplätzen und zu den vorgeschriebenen Weidezeiten ausgeübt, bei anhaltend nasser Witterung das Hüten des Viehes geregelt werde und die Hirten beim Treiben und Weiden das Vieh nicht auf fremden Grundeigenthume zu Schaden gehen lassen.

§. 21.

Daß unbefugte Gehen, Reiten und Fahren, Viehtreiben und Pflugwenden auf fremden Grundeigenthume ist durch Aufstellung von Warnungstafeln zu verhüten.

§. 22.

Vergehen in Bezug auf Gemeinheiten und öffentliche Anlagen der Gemeinde sind zu erforschen und zur Bestrafung zu bringen.

Allgemeine Fürsorge der Feldmarkspolizei.

C. In Bezug auf die ganze Feldmark.

§. 23.

Daß unbefugte Holen von Sand, Erde, Steinen, Lehm, Kiesel, Thon, Kraut u. muß durch feste Bestimmungen über Zeit, Ort und sonstige Bedingungen des Holens geregelt werden.

§. 24.

Der Feld- und Holzdieberei ist auf jede thunliche Weise, insbesondere auch durch Anordnung nächtlicher Feldwachen zur Zeit der Erndte, Einhalt zu thun.

§. 25.

Für gehörige Instandsetzung und Erhaltung aller Wasserzüge, Fang- und Abzugsgräben, Canäle, Bäche, Brücken, Schleusen, Wehre u. und für jährliche, im Herbst vorzunehmende Aufräumung aller Wasserzüge, sowie für gehörige Erhaltung und Befestigung der Ufer, ist zu sorgen.

§. 26.

Es ist dahin zu sehen, daß die Futterkräuter gegen Ausübung der Weideberechtigungen gesetzmäßig geschützt,

cf. Verordnung vom 27. April 1816, den Anbau der Futterkräuter u. betreffend.

Gesetz, den Schutz der Futterkräuter gegen Verweidung betreffend, vom 15. Juli 1848.

nach der Aberndtung aber ebenso, wie die Stoppelfelder, nicht vor der Zeit umgepflügt, daß Wiesen, auf welchen Weidenutzungen ruhen, nicht zum Nachtheile des Weideberechtigten in Ackerland verwandelt, und daß Einrichtungen, (z. B. Tristen) angeordnet werden, um sowohl den Weideberechtigten die Hütung, als auch den Futterkräutern die gesetzlich erforderliche Schonung zu sichern.



Zweiter Theil. Strafbestimmungen.

I. Strafbestimmungen des Polizei-Strafgesetzes

(deren Anwendung der Gemeinde mit zusteht;
§. 56, Gemeinde-Gesetz.)

1. Vergehen bei Ableistung von Diensten und Instandhaltung öffentlicher Anlagen.

§. 27.

Wer zur Leistung von Hoheitsdiensten (Landfolge, Kriegerfuhr, Gefangenwachen etc.) oder Gemeinbediensten verpflichtet, auf gehörige Bestellung ohne genügende Entschuldigung ausbleibt, verwirkt Geldbuße, bei Spanndiensten bis zu 16 Ggr., bei Handdiensten bis zu 8 Ggr. (§. 73 des Polizei-Strafgesetzes).

§. 28.

Wer den Dienst nicht gehörig leistet, wer zu spät zur Leistung erscheint, oder zu früh sich entfernt, erleidet Geldbuße, bei Spanndiensten bis zu 16 Ggr., bei Handdiensten bis zu 8 Ggr. (§. 74 des Polizei-Strafgesetzes).

§. 29.

Daneben sind in den Fällen der vorstehenden beiden §§. die versäumten Dienstarbeiten, sofern nicht Nachleistung zugelassen wird, auf Kosten der Säumigen zu beschaffen. (§. 75 des Polizei-Strafgesetzes).

§. 30.

Wer seiner Pflicht zur Instandhaltung öffentlicher Wege, Straßen, Deiche, Brücken, Schlagbäume und sonstiger Anlagen, zur Instandhaltung und Aufräumung von Wasserzügen etc., in der dafür feststehenden oder besonders vorgeschriebenen Zeit und Weise nicht

nachkommt, fällt in Geldbuße bis zu zwei Thalern und, ist Gefahr oder Schaden für Andere herbeigeführt, vorbehaltlich des Ersatzes, in Geldbuße bis zu fünf und zwanzig Thalern oder Gefängniß bis zu vierzehn Tagen. (§. 76 des Polizei-Strafgesetzes.)

§. 31.

Wer seiner Pflicht zur Reinhaltung öffentlicher Straßen und Plätze nicht oder nicht gehörig nachkommt, verwirkt Geldbuße bis zu 12 Ggr. (§. 77 des Polizei-Strafgesetzes.)

§. 32.

In den Fällen der beiden vorigen §§. ist die Arbeit, sofern nicht Nachleistung zugelassen wird, auf Kosten des Pflichtigen zu beschaffen. (§. 78 des Polizei-Strafgesetzes.)

2. Gränz-Veränderungen.

§. 33.

Gränzverrückung, unbefugtes Einpfügen, Angraben und sonstiges Aneignen fremden Grundeigenthums gegen Privat-Grundstücke, Gemeinheiten, Forsten, Wege oder Gewässer ist, sofern nicht der Art. 315 No. 5 des Criminal-Gesetzbuchs Platz greift, mit Gefängniß bis zu 8 Tagen oder mit Geldbuße bis zu zehn Thalern zu ahnden.

In leichteren Fällen tritt Geldbuße bis zu drei Thalern ein.

Außerdem ist der rechtmäßige Zustand auf Kosten des Uebertreters wieder herzustellen. (§. 229 des Polizei-Strafgesetzes.)

3. Beschädigung durch Viehhütung.

§. 34.

Beschädigung durch Viehhütung wird ohne Rücksicht auf den Betrag des Schadens polizeilich und zwar, wenn der Schaden zwei Thaler nicht übersteigt, mit Gefängniß bis zu acht Tagen oder Geldbuße bis zu 10 Thlr.; bei ausgezeichneten Beschädigungen aber (cf. §. 37, No. 4.) mit Gefängniß bis zu 14 Tagen oder Geldbuße bis zu 25 Thlr., wenn der Schaden zwei Thaler übersteigt, mit Gefängniß bis zu 6 Wochen oder Geldbuße bis zu 100 Thlr. bestraft.

Die Strafe findet auch Statt, wenn der Schaden durch Fahrlässigkeit, namentlich dadurch herbeigeführt worden, daß nicht oder nicht gehörig gehütet worden ist. (§. 232 des Polizei-Strafgesetzes.)

4. Unbefugtes Gehen, u.

§. 35.

Unbefugtes Gehen, Reiten, Fahren, Viehtreiben, Pflugwenden auf fremden Eigenthum, auf verbotenen Wegen oder an verbotenen Orten, sowie ähnliche unbefugte Benutzung fremden Grundeigenthums ist, auch wenn die Strafe der Beschädigung (cf. §. 230. des Polizei-Strafgesetzes) nicht verwirkt ist, mit Gelbbuße bis zu 1 Thlr. zu ahnden. (§. 235 des Polizei-Strafgesetzes.)

5. Vergehen in Bezug auf Gemeinheiten.

§. 36.

Entwendungen von Erzeugnissen der Gemeinheiten (als: Gras, Heide, Schilf, Holz an einzeln (nicht in Forsten) stehenden Bäumen, Sträuchern,

ferner von Plaggen, Torf, Thon, Lehm, Steinen u. s. w.

desgleichen von Viehdünger, werden:

wenn der Werth des Gestohlenen weniger als einen Thaler beträgt

mit Gefängniß bis zu vierzehn Tagen,

bei ausgezeichneten Entwendungen aber (z. B. Diebstähle an Bäumen, an Baum-, Feld-, Wiesenfrüchten von dem Orte ihrer Cultur in der Gemeinheit) mit Gefängniß bis zu vier Wochen, oder bloß mit Gelbbuße bestraft; für sehr geringfügige Entwendungen soll nur das Einfache des Werths als Strafe bezahlt werden. (NB. Bestimmtere Feststellung des Strafmaßes nach §. 253 des Polizei-Strafgesetzes.)

Beträgt der Werth des Gestohlenen mehr als einen Thaler oder hat bei der Entwendung eine gewaltsame Durchbrechung von Befriedigungen Statt gefunden, oder ist der Thäter schon früher wegen Diebstahls, Unterschlagung oder Betruges bestraft, so tritt Criminalstrafe ein (Arbeitshaus, selbst Zuchthaus und Kettenstrafe.)

§§. 242, 209, 210, 212, des Polizei-Strafgesetzes; §§. 287 — 289 Criminal-Gesetz-Buch.

§. 37.

Beschädigung von Gemeinheiten und dazu gehörenden Gegenständen wird

1. wenn der Schaden zwei Thaler nicht übersteigt, mit Gefängniß bis zu 8 Tagen oder Gelbbuße bis zu 10 Thlr., bei ausgezeichneten Beschädigungen (cf. unten No. 4.) aber mit Gefängniß bis zu 14 Tagen oder Gelbbuße bis zu 25 Thlr.
2. wenn der Schaden 2 Thaler übersteigt, jedoch nicht mehr als zehn Thaler beträgt, mit Gefängniß bis zu 6 Wochen oder Gelbbuße bis zu 100 Thaler bestraft. (§§. 243 und 230 des Polizei-Strafgesetzes.)
3. Beträgt der Schaden über zehn Thaler, oder
4. ist eine mehr als zwei Thaler betragende Beschädigung an öffentlichen Wegen, Brücken, Wasserleitungen, Dämmen, Schleusen, Canälen, Brunnen, Feuerlösch-Geräthschaften, an den an Heerstraßen und anderen öffentlichen Wegen gesetzten Bäumen, an Meilenzeichen, Gränzzeichen, an Kirchen, oder an Denkmälern auf Grabstätten verübt, oder
5. hat der Thäter wegen einer derartigen ausgezeichneten Beschädigung (No. 4.) schon früher eine, obgleich nur polizeiliche Strafe erlitten, so erfolgt Criminal-Strafe nach Art 336 und 337 des Criminal-Gesetz-Buchs. (§. 243 des Polizei-Strafgesetzes.)

§. 38.

Wer Bienenstöcke unbefugt in Gemeinheiten, Moore oder Hölzungen setzt, erleidet nach der Zahl der Stöcke Gelbbuße bis zu drei Thalern. (§. 244 des Polizei-Strafgesetzes.)

§. 39.

Wer zu Gemeinheits-Nutzungen befugt, diese Nutzungen, als Viehhütung, Torf- und Plaggenstich, Heide- und Wäldchenhieb u. s. w., an verbotnen Orten, zu verbotener Zeit oder sonst auf verbotene Weise ausübt, verwirkt Gelbbuße bis zu fünf Thalern. (§. 245 des Polizei-Strafgesetzes.)

§. 40.

Wer mit dem eigenen Vieh unbefugt fremdes auf die gemeine Weide treibt, verwirkt Gelbbuße bis zu zehn Thalern, zugumessen nach Zahl des Viehes und Dauer der Hütung.

Gleiche Strafe trifft den Eigenthümer des unbefugt aufgetriebenen Viehes, wenn er das Unerlaubte gekannt hat. (§. 246 des Polizei-Strafgesetzes.)

— 12 —

§. 41.

Wer unerlaubter Weise sonstige Gemeinheitsnutzungen, als Blaggenstich, Heidhieb oder Erzeugnisse solcher Nutzungen Unberechtigten überläßt, verurtheilt Geldbuße bis zu fünf Thalern.

Gleicher Buße verfällt, wer die unbefugte Nutzung vorgenommen hat, wenn er das Unerlaubte gekannt hat. (§. 247 des Polizei-Strafgesetzes.)

6. Sonstige Vergehen gegen Flurpolizei.

§. 42.

Wer unbefugt Vieh ohne gehörige Sicherung hirtelos weiden oder durch unflüchtige Hirten oder einzeln hüten läßt, verurtheilt, auch wenn kein Schaden angerichtet ist (§. 34.) Geldbuße bis zu 10 Thlr. (§. 248. des Polizei-Strafgesetzes) und zwar (Zusatz als bestimmtere Feststellung) für ein jedes Stück großes Vieh 4 Ggr., für ein Schwein 3 Ggr., für eine Sau mit Ferkeln 6 Ggr., für ein Schaf 1 Ggr., für ein Lamm 6 Pf., für eine Gans und für einen Puter 9 Pf., für eine Ente und für ein Huhn 6 Pf. (Ueber die Behütung der Weide mit Gänsen cf. Bekanntmachung der provisorischen Regierungs-Commission vom 17. Mai 1816.)

§. 43.

Gleiche Buße verurtheilt, wer unbefugter Weise die Weide im Felde ausübt, wenn sich noch Frucht im Felde befindet, welche dadurch Beschädigungen ausgesetzt ist. (§. 249 des Polizei-Strafgesetzes.)

II. Strafbestimmungen der Gemeinde.

A. Die Orts-Polizei betreffend.

§. 44.

Geldbuße bis zu 1 Thlr. einschließlich verurtheilt, wer offene Brunnen nicht mit sicherer, wenigstens zwei und einen halben Fuß hoher Einfassung umgeben hält. (§. 175 des Polizei-Strafgesetzes.)

§. 45.

Desgleichen wer Teiche oder andere Gewässer, Steinbrüche, Gruben u. s. w. in der Nähe von Wegen oder sonst unter Um-

— 13 —

ständen, welche Gefahr für Menschen oder Thiere drohen, nicht mit gehöriger Schutzwehr versehen hält. (§. 176. des Polizei-Strafgesetzes.)

§. 46.

Ebenso ist zu ahnden, gemeingefährliches Auswerfen von Gegenständen aus Gebäuden auf Straßen oder öffentliche Plätze.

Ferner: gefährliches Aushängen oder Aufstellen von Gegenständen an Gebäuden gegen Straßen oder öffentliche Plätze. (§. 177 des Polizei-Strafgesetzes.)

§. 47.

Desgleichen: gefährliches Aufstellen von Gegenständen auf Straßen, Offenlassen von Luken, Kellertüren an Straßen. (§. 178 des Polizei-Strafgesetzes.)

§. 48.

Gleicher Strafe verfällt, wer sonstige gemeingefährliche Anlagen macht, oder Bauten und sonstige Arbeiten ohne die nöthigen Vorkehrungen zur Sicherung Vorübergehender oder sonst in gemeingefährlicher Weise vornimmt oder vornehmen läßt. (§. 179 des Polizei-Strafgesetzes.)

§. 49.

Ferner: wer Gebäude, Mauern u. s. w. welche auf gefährliche Weise den Einsturz drohen, nicht abbricht oder sichert. (§. 180 des Polizei-Strafgesetzes.)

§. 50.

Desgleichen, wer durch neue Anlagen (z. B. Ausbauen der Häuser oder Einfriedigungen, unbewegliche Steinbänke vor Häusern) Straßen, öffentliche Plätze oder Abzugsgassen beengt.

§. 51.

Ferner: wer Abörter oder Mistgruben an öffentlicher Straße anlegt.

§. 52.

Die in den §§. 48, 50, und 51 bemerkten Strafen treffen den Werkmeister und, insofern dem Bauherrn ein Verschulden zur Last fällt, auch diesen. (cf. §. 184 des Polizei-Strafgesetzes.)

§. 53.

Wer ohne obrigkeitliche Erlaubniß Korn- und Stroh-Diemen innerhalb der Ortschaft oder vor derselben in feuergefährlicher Nähe

von Gebäuden errichtet, verwirkt Geldbuße bis zu 1 Thlr. einschließ-
lich, und muß die Dieme fortschaffen oder die Kosten der von Po-
lizeiwegen zu bewirkenden Fortschaffung tragen.

§. 54.

Wer Schutt, Mörtel, Unrath u. vor Häusern an öffentlichen
Straßen oder Plätzen auf Anforderung der Ortspolizei nicht ent-
fernt, verfällt einer Geldbuße bis zu 1 Thlr. einschließ-
lich.

§. 55.

Gleiche Geldbuße wird verwirkt durch Verunreinigung oder son-
stige, eine Beschädigung nicht herbeiführende Ungebühr an Gränz-
steinen, Wegweisern, Brücken, Straßen, Gebäuden und Brunnen.
(§. 238 und 239 des Polizei-Strafgesetzes.)

§. 56.

Bei vorstehenden Strafbestimmungen bleiben die etwa verwirk-
ten strengern gesetzlichen Strafen dem gerichtlichen Verfahren vor-
behalten. (cf. §§. 175—180, 182, 183, 137, 238, 239 des Po-
lizei-Strafgesetzes.)

§. 57.

Neben der Strafe ist der Schuldige anzuhalten:

in den Fällen der §§. 44—49

die nöthigen Vorrichtungen oder Aenderungen vorzunehmen.

in den Fällen der §§. 50, 51, 53, 54

die Anlagen wegzuschaffen und zu ändern, soweit es obrigkeitlich für
nöthig erachtet wird, oder es sind diese Maßregeln auf Kosten des
Schuldigen zu bewirken. (cf. §§. 181, 182 des Polizei-Strafgesetzes.)

Schlußbemerkung.

Die Königlichen Strafgerichte bestrafen gefährliches Verhalten
in Bezug auf Thiere (Hengste, Stiere, bissige oder tolle Hunde),
nach §§. 127—136 d. Poliz.-Strafges.

Feuergefährliche Handlungen = = 137—157 „ „ „

Vergehen in Bezug auf Schießpulver und gefährliches Schießen
nach §§. 158—168 d. Poliz.-Strafges.

Vergehen bei Schleusen und Stauanlagen, nach §§. 169—173
Gefährliche Anlagen = 175—181
Vergehen gegen Baupolizei = 182—184
Verkauf gesundheitschädlicher Gegenstände (Brod, Wein, Brannt-
wein, Bier, in gesundheitschädlichem Zustande Fleisch von
gefallenem oder Krankheit halber geschlachtetem Viehe, cf. auch
Minist.-Bekanntmachung vom 20. Aug. 1845.) nach §§. 186—190
Sonstige Vergehen gegen Gesundheitspolizei „ „ 191—197

Polizei-Strafges.

Strafbestimmungen der Gemeinde.

B. Die Feldmarkspolizei betreffend.

§. 58.

Geldbuße bis zu 1 Thlr. verwirkt, wer zur Anlage oder Un-
terhaltung von Wasserableitungs-Gräben verpflichtet, diese nicht mit
einer gehörigen, mindestens $\frac{1}{2}$ fäßigen Doffirung versieht. (cf. §. 30.)

§. 59.

Wer zum Umtvenden mit dem Pfluge auf einem fremden Grund-
stücke mehr als er herkömmlich darf, an Flächenraum benutzt, ver-
fällt einer Strafe bis zu 1 Thlr. und muß den Schaden ersetzen.

§. 60.

Wer gegen die bestehenden Vorschriften

cf. Bekanntmachung der Königlichen Provinzial-Regierung
zu Hannover vom 27. September 1820,

oder gegen eine dieserhalb rechtmäßig bestehende, noch größere Ein-
schränkung, ausfliegende Feldtauben hält, und dieselben auf Verlan-
gen des Gemeinde-Vorstandes nicht binnen vorgeschriebener Frist ab-
schafft, verwirkt Geldbuße bis 1 Thlr.

§. 61.

Gleicher Buße verfällt, wer zum Taubenhalten übrigens be-
fugt, die Tauben während der dafür Gemeindefeitig vorgeschriebenen
Zeit (cf. oben §. 12.) nicht gehörig eingeschlossen hält.

§. 62.

Wer Sperlingsköpfe nicht in genügender Anzahl oder nicht zu gehöriger Zeit einliefert, verwirkt die durch Gemeinde-Beschluß solcherhalb angebrohete Strafe (cf. §. 12) bis zum Betrage von höchstens 1 Thlr.

§. 63.

Wer dem Beschlusse der Gemeinde wegen Vertilgung sonstiger schädlicher Thiere oder schädlichen Unkrauts nicht gehörig Folge leistet, verwirkt Geldbuße bis zu 1 Thlr.

§. 64.

Desgleichen: wer mit Schiebkarren, Kiepen, Sensen, Säcken, und dergl. an solchen Stellen der Feldmark, wo er als Eigenthümer oder Pächter oder sonstiger Nutznießer kein Land besitzt, außerhalb der öffentlichen Wege sich umhertreibt. (cf. §. 33.)

§. 65.

Ferner: wer an verbotenen Orten, oder auf verbotene Weise Glashs oder Hanf rötet,

Gesetz vom 6. Juni 1846, das Glashs und Hanfröten in Gewässern betreffend. (Polizei-Strafgesetz §. 261.)

§. 66.

Desgleichen: wer Glashs- oder Hanfrötestellen nicht gehörig, namentlich nicht mit Steinen oder Holz bedeckt.

§. 67.

Wer Lehm, Sand, Thon, Mergel und dergl. an nicht ausdrücklich erlaubten Stellen gräbt oder bei dem Graben ordnungswidrig durcheinandertührt, wird mit Geldbuße bis zu 1 Thlr. bestraft, wenn nicht strengere Strafe der Entwendung oder Beschädigung verwirkt ist.

§. 68.

Wer sich an fremden Hecken oder Weiden vergreift, muß das Einfache des Werths (bis zu 1 Thlr.) als Strafe bezahlen und das Entwendete herausgeben oder den Werth bezahlen und den verursachten Schaden ersetzen.

§. 69.

Wer von Privat-Grundstücken Gras, Heide, Kraut, Schilf, Holz (an einzeln (nicht in Forsten) stehenden Bäumen oder Sträuchern) Laub, Torf, Thon, Lehm oder Steine und dergl. entwendet, ver-

fällt, wenn nicht strengere Strafe verwirkt ist, einer Geldbuße bis zu 1 Thlr.

§. 70.

Wer an Privatgrundstücken sogenannte todte Befriedigungen entwendet, verwirkt Geldbuße bis zu 1 Thlr. und muß den Schaden ersetzen.

§. 71.

Wer fremder Geräthschaften, die auf dem Lande oder den Wiesen zurückgelassen sind, widerrechtlich sich bedient, verfällt einer Strafe von 1 bis 8 Ggr.

§. 72.

Wer durch Uferbefestigungen, Uferzäune, Einbau und dergl. Anlagen ein Gewässer zum Nachtheile der angränzenden oder gegenüber liegenden Grundbesitzer zu weit einengt,

wer den gegenüberliegenden Uferbesitzern behuf Verbreiterung des Strombettes etwas abgräbt, oder

wer eigenmächtig Stege oder Brücken anlegt, oder dem Wasserlaufe zum Nachtheil Anderer eine veränderte Richtung giebt, verwirkt Geldbuße bis zu 1 Thlr.

§. 73.

Wer bestehende Vorschriften oder Vereinbarungen behuf Benutzung des Wassers zur Bewässerung der Wiesen übertritt, desfallsige Anlagen zerstört oder durch unbefugtes Stauen anderen, denen das Wasser zukommt, solches vorenthält, verfällt einer Strafe von 8 Ggr. bis 1 Thlr.

§. 74.

Das Nichtfelddhalten ist nur da zulässig, wo es ohne Schaden geschehen kann.

Ist keine besondere Vereinbarung vorangegangen, so hat im Fall eines zugefügten Schadens der Schuldige Geldbuße bis zu 1 Thlr. zu entrichten und den erweislich angerichteten Schaden zu ersetzen.

§. 75.

Wer durch seinen Fruchtbau den Zugang nach einem Brachstücke im Brachfelde für Wagen, Pflüge oder Schafheerden versperrt, verwirkt Geldbuße bis zu 1 Thlr. und muß den Betheiligten schadlos halten.

§. 76.

Wenn gemähetes, verschiedenen Eigenthümern gehöriges Korn oder Flachs vom Sturmwinde durch einander geworfen und den einzelnen Betheiligten die Aussonderung ihres Eigenthums unmöglich geworden ist, soll Niemand, bei 1 Thlr. Strafe, an der Masse eigenmächtig sich vergreifen; es soll vielmehr Jeder eine schießrichterliche Vertheilung durch den Gemeinde-Vorsteher oder durch die Feldgeschwornen sich gefallen lassen.

§. 77.

Beim Mähen muß der zuerst Mähenbe das etwa auf sein Grundstück herüberhängende Korn des Nachbarn nach dessen Seite hin zurück schlagen, widrigenfalls er Geldbuße bis 12 Ggr. verwirkt.

§. 78.

Geldbuße bis zu 1 Thlr. verwirkt, wer gefallenes Vieh unverscharrt liegen läßt oder nicht gehörig und zeitig verscharrt.

Die Strafe trifft da, wo Abdecker ein ausschließliches Recht haben und ihnen Anzeige gemacht ist, diese, sonst aber den Eigenthümer oder Nutznießer. (cf. §. 197. des Polizei-Strafgesetzes).

§. 79.

Wer Nester, Eier oder Brut von Singvögeln ausnimmt oder zerstört, verwirkt Geldbuße bis zu 1 Thlr. (cf. §. 251 des Polizei-Strafgesetzes).

§. 80.

Bei vorstehenden Strafbestimmungen (§. 58—79) bleiben die nach den Straf-Gesetzen etwa verwirkten strengeren Strafen dem gerichtlichen Verfahren vorbehalten.



Dritter Theil.

Von den, zur Ausübung polizeilicher Rechte in der Gemeinde befugten Personen.

I. Gemeinde-Vorsteher und Beigeordnete.

§. 81.

Der Gemeinde-Vorsteher hat die Ordnung in der Gemeinde zu handhaben und die den Gemeinden zugestandene Polizei auszuüben. (Ministerial-Ausschreiben vom 4. Mai 1852, §. 62.)

§. 82.

Er hat dafür zu sorgen, daß tüchtige Feldgeschworne und Gemeinbediener (Feldhüter) in genügender Anzahl bestellt, angemessen bezahlt, zu thätiger Dienstleistung angehalten und erforderlichenfalls vom Dienste entfernt werden.

§. 83.

Bei der allgemeinen Fürsorge der Polizei liegt dem Vorsteher

1. die Wahrnehmung der gesamten Ortspolizei (§§. 1—5.)
2. in Gemeinschaft mit den Feldgeschwornen (§§. 86—99.) die Pflege und Förderung landwirthschaftlicher Interessen nach Maßgabe der §§. 6—26. dieser Flur-Ordnung ob; insbesondere die Ausführung der von den Feldgeschwornen beantragten Maßregeln.

§. 84.

Bei Vergehen gegen Strafbestimmungen ist der Vorsteher allein befugt, die polizeilichen Rechte der Gemeinde auszuüben (cf. §§. 27 bis 80.) er darf jedoch in Straffällen, die er für sich allein zu erledigen Bedenken trägt, die Beigeordneten und die Feldgeschwornen zu gemeinsamer Verathung der Sache zuziehen.

cf. §. 68. des Ministerial-Ausschreibens vom 4. Mai 1852.

§. 85.

Die Beigeordneten haben den Gemeinde-Vorsteher bei Ausübung der diesem obliegenden Dienstverrichtungen zu unterstützen und in Behinderungsfällen zu vertreten.

Gemeindegesetz §. 3.

II. Feldgeschworne.

(cf. Verordnung vom 27. April 1846, den Anbau der Futterfrüchte u. und die Anordnung der Feldgeschwornen betr., §§. 33—39.)

§. 86.

Die allgemeine Fürsorge der Feldmarkspolizei (§§. 6—12.) soll zunächst — unter Vorbehalt der Mitwirkung des Vorstehers — durch zwei Feldgeschworne wahrgenommen werden.

§. 87.

Die Feldgeschwornen sind als besonders Angestellte der Gemeinde, im Sinne des Gemeindegesetzes, §. 4., zu betrachten; sie werden unter Vorbehalt halbjähriger Dienstkündigung angestellt.

§. 88.

Zu Feldgeschwornen sind geeignete, der Landwirthschaft kundige unbescholtene und selbständige (cf. §§. 7 und 8 des Gemeindegesetzes) in der Gemeinde mit Grundbesitz ansässige und wohnberechtigte Personen zu erwählen.

§. 89.

Es soll der eine Feldgeschworne aus den größeren, der andere aus den kleineren Grundbesitzern (Kothsassen), Jeder auf drei Jahre, gewählt werden; sie bleiben aber nach Ablauf dieses Zeitraums wählbar.

§. 90.

Die Wahl wird nur von den Grundbesitzern der Gemeinde, jedoch im Uebrigen nach den im §. 32. des Gemeindegesetzes enthaltenen Vorschriften vorgenommen.

§. 91.

Jeder gültig Gewählte muß die Wahl zum Feldgeschwornen annehmen.

Zur Ablehnung der Wahl sind nur befugt: Geistliche und Schul-lehrer, Aerzte, Wundärzte und Apotheker,

Personen, welche über 60 Jahre alt oder durch Gebrechlichkeit oder anhaltende Krankheit behindert sind.

Diesjenigen, welche einmal die festgestellte Zeit hindurch Feldgeschworne gewesen sind, für die nächstfolgenden drei Jahre, und welche es mehre Male gewesen sind, für immer.

(cf. §. 16. Gemeindegesetz.)

§. 92.

Ist die Wahl in gültiger Weise erfolgt, so wird das Königliche Amt um obrigkeitliche Bestätigung und Beeidigung der Gewählten ersucht. (§. 26. *M.* 9. Gemeindegesetz.)

(§. 58. *M.* 2. Ministerial-Ausschreiben vom 4. Mai 1852.)

§. 93.

Die Bestätigung soll aus denselben Gründen versagt werden dürfen, welche die Verwaltungs-Behörde berechtigen, die Bestätigung der Wahl eines Gemeindebeamten zu verweigern.

(§§. 6—12. des Gemeindegesetzes.)

§. 94.

Die Feldgeschwornen haben ihren Dienst als Ehrenamt zu betrachten, erhalten aber die in der Gemeinde herkömmliche Vergütung oder, in Ermangelung eines genügenden Einkommens, eine von den Grundbesitzern nach Verhältnis des Grundbesitzes aufzubringende und durch Stimmenmehrheit zu beschließende Vergütung.

Ist über die Vergütung ein angemessener Beschluß nicht zu erreichen, so soll das Königl. Amt um Festsetzung derselben ersucht werden.

§. 95.

Die Feldgeschwornen haben im Allgemeinen das landwirthschaftliche Interesse der Gemeinde und der einzelnen Grundbesitzer nach Anleitung der §§. 6—26. dieser Flur-Ordnung thunlichst wahrzunehmen, insbesondere

1. nützliche landwirthschaftliche Verbesserungen, Einrichtungen und Vorschriften hervorzurufen (§§. 7, 9, 10, 12, 23, 24.),
2. Streitigkeiten zwischen Grundbesitzern zu schlichten (§. 11.),
3. für Wahrung der Grenzen in der Feldmark (§§. 13, 15, 18.),
4. für gehörige Ordnung beim Flachströten (§. 16.),
5. für Instandsetzung und Erhaltung öffentlicher Wege, Brücken, Wasserzüge und Wasserbauwerke, zu sorgen. (§§. 17, 23.)

6. die Gemeinde-Weide und die Hirten zu beaufsichtigen (§§. 19, 20);
7. dahin zu sehen, daß den Futterkräutern der gesetzmäßige Schutz gegen Weideberechtigungen, den Weideberechtigten aber die Ausübung der Hütungsrechte gesichert werde (§. 26);
8. die vorschriftsmäßige Vertilgung schädlicher Thiere und Gewächse, namentlich der Bucherblumen, zu bewirken (§. 12.);
9. für zweckmäßige und rechtzeitige Bestellung der Ackerländerei, gehörige Entwässerung der Wiesen u. zu sorgen;
10. zu bewirken, daß Land von säumigen Wirthen nicht unbenutzt und wüß liegen gelassen werde, widerrechtliches Abpflügen nicht unbefraft bleibe, überhaupt polizeiliche Ordnung in der ganzen Feldmark herrsche;
11. Landwirthschaftliche Schätzungen im Auftrage der Obrigkeit, oder des Gemeinde Vorstandes oder auf Ansuchen der Betheiligten in Angelegenheiten der Feldmarkspolizei vorzunehmen, namentlich wenn Schaden angerichtet ist, durch Abpflügen, Abhüten, Nichtöffnen der Wasserzüge, Nicht-Reinigung der Bäche, Canäle, eigenmächtige Veränderung der Wasserzüge u.

§. 96.

Die Vertheilung der Geschäfte unter die Feldgeschwornen wird von ihnen selbst durch gütliche Einigung, in deren Ermangelung durch das Königl. Amt bestimmt.

(cf. §. 60. Ministerial-Ausschreiben vom 4. Mai 1852.)

§. 97.

Erfüllt ein Feldgeschwornener die ihm obliegenden Pflichten nicht genügend, oder giebt er durch sein Verhalten zu sonstigen Beschwerden Veranlassung, so hat der Vorsteher

1. entweder mit Zustimmung der wahlberechtigten Grundbesitzer, den Dienst aufzukündigen, (§. 25. No. 11. Gemeindegesetz), oder

2. dem Königl. Amte behuf eines Disciplinar-Verfahrens oder Erkennung einer Ordnungsstrafe, Anzeige zu machen. (§§. 21—24 Gemeindegesetz).

§. 98.

Zur Niederlegung des Dienstes ist ein Feldgeschwornener nur dann befugt, wenn einer von den Gründen eintritt, die zur Ablehnung der Wahl berechtigt haben würden. (s. oben §. 91.)

§. 99.

Tritt aber nach angetretenem Dienste einer von den Mängeln ein, die zur Verweigerung obrigkeitlicher Bestätigung der Wahl berechtigt haben würden, so hat der Feldgeschworne das Amt niederzulegen und kann dazu nöthigenfalls durch die Obrigkeit angehalten werden. (cf. §. 10. Gemeindegesetz.)

III. Gemeinbediener.

§. 100.

Zu untergeordneten Dienstleistungen in Sachen der Orts- und Feldmarks-Polizei soll ein Gemeinbediener (Feldhüter) angestellt werden.

§. 101.

Als Gemeinbediener darf nur ein völlig zuverlässiger, selbständiger und unbescholtener Mann angestellt werden.

§. 102.

Die Anstellung erfolgt durch Beschluß der Gemeinde-Versammlung (oder des Ausschusses) nach den im §. 32 des Gemeindegesetzes enthaltenen Wahl-Vorschriften, unter Vorbehalt einmonatlicher Dienstkündigung, und soll obrigkeitlicher Bestätigung nach denselben Grundsätzen bedürfen, welche bei der Wahl von Gemeinde-Beamten gelten. (§§. 6—13 des Gemeindegesetzes.)

§. 103.

Wählt die Gemeinde in demselben Falle zweimal nicht befähigte Personen, so soll die Obrigkeit für das Mal die Stelle besetzen dürfen.

Gleiches tritt ein, wenn die Gemeinde, mehrfacher Aufforderung ungeachtet, in angemessener Frist nicht wählt.

In beiden Fällen, wird die Amtsvertretung über die anzustellende Person gehört werden. (cf. §. 14 des Gemeindegesetzes.)

§. 104.

Der Gemeinbediener wird von der Obrigkeit auf getreue Erfüllung seiner Dienstpflichten, insbesondere auch auf richtige und zeitige Einbringung aller Anzeigen von Vergehen bedacht.

§. 105.

Der Gemeinbediener ist angemessen zu lohnen, so daß er kein Nebengeschäft zu betreiben braucht. (§. 17 Ministerial-Ausschreiben vom 4. Mai 1852.)

Der feste Lohn soll unter Anrechnung etwaiger Naturalbezüge, (z. B. Wohnung, Holz, Korn etc.) mindestens 80 Thlr. jährlich betragen und aus der Gemeinde-Casse monatlich postnumerando gezahlt werden.

§. 106.

Der Gemeinbediener soll außerdem festen Jahreslohn den dritten Theil aller Strafgeelder erhalten, die in Folge seiner Anzeigen durch baare Einzahlung oder durch Verkauf von Pfändern, nach Abzug der Schadenersatzbeträge, aufkommen. Die beiden andern Dritttheile sind in die Gemeinde-Casse von dem Gemeinbediener wenn er sie erhoben hat, unverzüglich abzuliefern, bei Vermeidung der Dienstentsetzung und sonstiger strenger Bestrafung.

§. 107.

Für besonders gute Dienstleistungen kann der Vorsteher dem Gemeinbediener außerordentliche Vergütungen bis zu 10 Thlr. jährlich aus der Gemeinde-Casse bewilligen.

Größere Vergütungen bedürfen einer Zustimmung der Gemeinde-Versammlung oder des Ausschusses.

§. 108.

Der Gemeinbediener ist dem Vorsteher untergeordnet und hat

1. die ihm vom Vorsteher ertheilten Anweisungen zu befolgen,
2. die ortspolizeiliche Aufsicht zu führen,
3. in Sachen der Feldmarkspolizei den Feldgeschworenen auf deren Verlangen behülflich zu sein und polizeiliche Ordnung zu handhaben,
4. Vergehen gegen Strafbestimmungen sowohl hinsichtlich der Orts- als der Feldmarkspolizei zur Anzeige zu bringen,
5. auf frischer That betroffene Uebertreter der Strafbestimmungen dieser Flurordnung zu pfänden,
6. bei Einforderung von Strafgeeldern und bei Verkauf der Pfändern Hülfe zu leisten,
7. die Mitaufsicht in den Gemeinde- und Privatforsten zur Wahrnehmung des Forstschutzes zu führen, namentlich das Einbringen

entwendeten Holzes in die Ortschaft zu verhüten und Holzfreßern das entwendete Holz abzunehmen, und dem Gemeinde-Vorsteher abzuliefern, auch alle ihm bekannt werdenden Vergehen gegen die gedachten Forsten zur Anzeige zu bringen.

§. 109.

Erfüllt der Gemeinbediener die ihm obliegenden Pflichten nicht genügend, oder giebt er durch sein Verhalten (z. B. durch Trunkfälligkeit etc.) zu sonstigen Beschwerden Veranlassung, so hat der Vorsteher,

1. entweder, mit Zustimmung der Gemeinde-Versammlung oder des Ausschusses, den Dienst aufzukündigen, (§. 25. M. 11. Gemeindegesetz.)
2. oder dem Königlichen Amte, behuf eines Disciplinar-Verfahrens oder Erkennung einer Ordnungsstrafe, Anzeige zu machen. (§§. 21—24. Gemeindegesetz.)

§. 110.

Tritt nach angetretenem Dienste einer von den Mängeln ein, die zur Verweigerung obrigkeitlicher Bestätigung berechtigt haben würden, so hat der Gemeinbediener den Dienst sofort niederzulegen und kann dazu nöthigenfalls durch die Obrigkeit angehalten werden.

§. 111.

Beschwerden über mangelhafte Dienstführung oder ordnungswidriges Betragen des Gemeinbedieners sind bei dem Vorsteher und, wenn keine Abhülfe erfolgt, bei dem Königlichen Amte vorzubringen.

IV. Privat-Personen.

§. 112.

Jedes stimmberechtigte Gemeinde-Mitglied ist befugt, die auf eigenem oder erpachtetem Grund und Boden, sowie auf Gemeinde-Grundstücken bei frischer That betroffenen Uebertreter, sofern nicht genügende Sicherheit gestellt wird, dem Gemeindebeamten oder Ge-

meinediener zur Wahrnehmung der Befugnisse der Gemeinde zu-
zuführen, wenn dies unvertveilt geschehen kann.

(§. 58. Gemeindegesetz.)

§. 113.

Vergehen gegen Orts- und Feldmarkspolizei kann Jeder, welcher
Kenntniß davon erhält, bei dem Gemeinde-Vorsteher oder auch bei
dem Gemeindediener zur Anzeige bringen.



Vierter Theil.

Von dem Verfahren bei Ausübung polizeilicher Thätigkeit der Gemeinden.

A. Verfahren bei der allgemeinen Fürsorge der Polizei.

1. Ortspolizei.

§. 114.

In Angelegenheiten der Ortspolizei hat der Gemeinde-Vorsteher
die ihm obliegenden Pflichten (cf. §§. 1—5 dieser Flur-Ordnung)
entweder für sich allein, oder, nach vorgängiger Berathung mit den
Beigeordneten, durch Verhandlung mit der Gemeinde-Versammlung
oder dem Ausschusse und durch Anträge bei dem Königl. Amte,
zur Erledigung zu bringen.

(cf. §§. 25 und 26, 38. Gemeinde-Gesetz.)

2. Feldmarkspolizei.

§. 115.

In Angelegenheiten der Feldmarkspolizei ist es zunächst Sache
der Feldgeschwornen, die allgemeine Fürsorge, wie sie in den
§§. 6—26 dieser Flur-Ordnung vorgeschrieben ist, zu bethätigen
und wirksam zu machen.

Die Feldgeschwornen haben zu diesem Zwecke sowohl den Ge-
meinde-Vorsteher als die Gemeinde-Versammlung (oder den Ausschuss)
auf bestehende Mängel aufmerksam zu machen, mit Vorschlägen zur
Abhülfe zu versehen und zu gemeinnützigen Verbesserungen und Ein-
richtungen aufzufordern; wenn dieses nicht fruchtet, so müssen sie
dem Königl. Amte von der Sachlage Kenntniß geben.

Der Gemeinde-Vorsteher hat über die zu treffenden Maßregeln
entweder für sich allein, oder unter vorschristsmäßiger Mitwirkung

der Gemeinde-Versammlung (oder des Ausschusses) und des königlichen Amtes, zu beschließen.

(§§. 25, 26, 38. Gemeindegesetz.)

Zur Ausführung gültig beschlossener Maaßregeln ist nur der Gemeinde-Vorsteher befugt, es sind jedoch die Feldgeschwornen mit Rath und That Hülfe dabei zu leisten verpflichtet.

3. Gemeinschaftliche Bestimmung.

§. 116.

In jedem Frühjahr und in jedem Herbst, nach der Bestellungszeit, sollen durch die Gemeinde-Vorsteher, mit Zuziehung der Feld- und Feuerschwornen, des Weg-Ausschereß, des Gemeindedieners und sonstiger, mit einer Polizei-Aufsicht beauftragten Personen allgemeine Schauungen im Orte und in der Feldmark vorgenommen werden, um zu ermitteln, welchen Mängeln abgeholfen werden müsse, zu welcher Zeit und auf welche Weise die Abhülfe zu beschaffen sein werde?

B. Verfahren bei Anwendung von Strafbestimmungen.

1. bei Strafbestimmungen der Flur-Ordnung.

a. Einforderung der Strafgeelder und des Schaden-Ersatzes.

§. 117.

Der Gemeinde-Vorsteher ist befugt, von den Uebertretern der in dieser Flurordnung enthaltenen Strafbestimmungen die verwirkten Geldbußen bis zu 1 Thlr., und den Ersatz des verursachten Schadens bis zu 3 Thlr. einschließlich, einzufordern.

§. 118.

Zum Zweck dieser Einforderung hat der Gemeinde-Vorsteher mindestens alle 14 Tage (oder 4 Wochen) die inmittelst zu sammelnden Anzeigen von Vergehen einer sorgfamen Erwägung zu unterziehen, um festzustellen:

ob eine höhere Geldbuße, als ein Thlr. verwirkt scheine?

ob der verursachte Schaden mehr als 3 Thlr. betrage?

§. 119.

Scheint eine höhere Geldbuße als 1 Thlr. verwirkt zu sein so ist das Vergehen behuf gerichtlicher Verfolgung zur Anzeige zu bringen (bei der Staatsanwaltschaft des Amtsgerichts oder bei son-

stigen Gehülften der gerichtlichen Polizei); im entgegengesetzten Falle hat der Gemeinde-Vorsteher zu bestimmen, welcher Strafbetrag innerhalb des Strafmaasses bis zu 1 Thlr. einschließlich eingefordert werden soll.

§. 120.

Scheint der verursachte Schaden mehr als 3 Thlr. zu betragen, oder glaubt der Beschädigte mehr als diesen Betrag in Anspruch nehmen zu müssen, so ist die Entschädigungsfrage an das zuständige Gericht zu verweisen; im entgegengesetzten Falle hat der Gemeindevorsteher, nach Anhörung des Beschädigten, zu bestimmen: welcher Betrag an Schadenersatz bis zu 3 Thlr. einschließlich eingefordert werden soll.

§. 121.

Bei Bestimmung des Betrages der Straf- und Schadenersatzgelder kann der Gemeinde-Vorsteher die Beigeordneten und Feldgeschwornen zu gutachtlicher Verathung zuziehen.

(cf. §. 84. der Flur-Ordnung, auch §. 68. Minist.-Aus schreiben vom 4. Mai 1852.)

Ist der Betrag der Straf- und Schadenersatzgelder bestimmt, so beauftragt der Gemeinde-Vorsteher den Gemeindediener, die Beträge nach Maßgabe eines demselben gleichzeitig einzuhandigenden Verzeichnisses von den Schuldigen einzufordern.

b. Pfändung.

§. 123.

Gemeinde-Beamte, und Gemeindediener sind befugt, Uebertreter der Strafbestimmungen dieser Flurordnung auf frischer That zu pfänden.

(§§. 56—58, Gemeindegesetz).

§. 124.

Dem Gepfändeten steht eine Beschwerde bei dem Amtsgerichte zu; sie muß binnen 8 Tagen erfolgen.

(Gemeindegesetz §. 59.)

§. 125.

Wird binnen dieser Frist die Beschwerde nicht erhoben, oder eine Bescheinigung darüber dem Gemeinde-Vorsteher nicht zugestellt,

so ist derselbe befugt, das Pfand zur Deckung der Strafe und des Schadenersatzes öffentlich meistbietend zu verkaufen oder, wenn das Pfand etwa gegen Gelbhinterlegung oder gegen sonstige Sicherheit schon eingelöst sein sollte, die hiernach geeignete Einziehung durch den Gemeinbediener vornehmen zu lassen.

(Gemeindegeseß §. 60.)

c. Gemeinschaftliche Bestimmungen.

§. 126.

Die durch freiwillige Einzahlung oder durch den Verkauf der Pfänder auffommenden Strafgelber fließen in die Gemeinde-Casse, und sollen zur Armenpflege verwendet werden.

Der eingezogene Schadenersatz ist dem Beschädigten, ein etwaiger Ueberschuß aus dem Pfandverkauf dem Gepfändeten zuzustellen.

(Gemeindegeseß §. 61.)

§. 127.

Erfolgt die Zahlung der Strafgelber binnen vorgeschriebener Frist nicht freiwillig und hat Pfändung nicht Statt gefunden, so hat der Gemeinde-Vorsteher das strafbare Vergehen behuf gerichtlicher Verfolgung zur Anzeige zu bringen.

(Gemeindegeseß §. 62.)

§. 128.

Außwärtige können wegen Uebertretung einer Strafbestimmung der Flur-Ordnung, wenn die Strafbestimmung nicht außerdem schon in allgemeineren Bestimmungen des Polizeistrafgesetzes liegt, nur dann zur Strafe gezogen werden, wenn nach Art der Kundmachung die Bekanntheit mit derselben bei ihnen anzunehmen ist.

(Gemeindegeseß §. 55.)

§. 129.

Ist die Straf-Einziehung oder Pfändung unbefugt geschehen, so wird auf Antrag der Staatsanwaltschaft über Rückgabe der eingeforderten Strafgelber oder des Pfandes das Geeignete vom Gerichte erkannt und der Gemeinde-Vorsteher oder Gemeinbediener in gerichtliche oder disciplinarische Strafe genommen werden.

(Gemeindegeseß §. 64.)

§. 130.

Ist durch die Gemeinde-Beamten wegen Uebertretung der in dieser Flur-Ordnung enthaltenen Strafbestimmungen weder ein Strafgeß eingefordert, noch Pfändung vorgenommen, noch Anzeige gemacht, so ist die Staatsanwaltschaft befugt, die Sache an das Gericht zu bringen. (Gemeindegeseß §. 63.)

§. 131.

Aufforderung zur Hülfeleistung bei Einforderung von Strafgeßern und bei Pfändungen, wie überhaupt bei Ausübung polizeilicher Thätigkeit, kann an die vom Staate angestellten Polizeiofficianten (Landgendarmen, Voigte etc.) sowohl durch den Gemeinde-Vorsteher als auch, — bei Gefahr im Verzuge, — durch den Gemeinbediener gerichtet werden. (Gemeindegeseß §. 53.)

2. Verfahren bei Anwendung sonstiger Strafbestimmungen.

§. 132.

Vergehen gegen solche Strafbestimmungen, welche nicht in dieser Flur-Ordnung enthalten sind, müssen von dem Gemeinbediener bei dem Gemeinde-Vorsteher, von diesem bei der Staatsanwaltschaft des Amtsgerichts, oder bei dem Königlichen Amte zur Anzeige gebracht werden.

Schlußbemerkung.

(Die Beschlußnahme der Gemeinde über Annahme und Einführung dieser Flur-Ordnung betreffend.)

Den Gemeinden, welche eine Flur-Ordnung nach Maßgabe des vorstehenden Entwurfs sich zu geben beabsichtigen, wird zur Erreichung dieses Zwecks folgendes Verfahren empfohlen:

1. Die Gemeinde wählt zu näherer Vorbereitung der Sache eine, aus drei oder fünf Gemeinde-Mitgliedern bestehende Commission unter dem Vorstehe des Gemeinde-Vorstehers;

2. diese Commission überlegt in gemeinsamer Berathung unter sorgfältiger Berücksichtigung örtlicher Verhältnisse und Mittel:
 1. welche Bestimmungen des Entwurfs
 2. welche Zusätze
 3. welche Abänderungen
in die Flur-Ordnung der Gemeinde aufzunehmen sein möchten;
3. das Ergebniß dieser Berathung wird durch den Vorsitzenden der Commission in einer Gemeinde-Versammlung oder im Ausschusse vorgetragen und erläutert;
4. von der Gemeinde-Versammlung oder dem Ausschusse wird über Inhalt und Form der Gemeinde-Flur-Ordnung nach Vorschrift der Gesetze (§§. 27—29, und 44, Gemeindegesetz), Beschluß gefaßt;
5. die also beschlossene Flur-Ordnung wird durch den Gemeinde-Vorsteher dem Königl. Amte zur Prüfung und Bestätigung vorgelegt (§. 26, Nr. 2. und 3. Gemeindegesetz, und §. 58. Minist.-Aussschreiben vom 4. Mai 1852.);
6. ist die obrigkeitliche Bestätigung erfolgt, so wird die Flur-Ordnung öffentlich in der Gemeinde bekannt gemacht, auf Kosten der Gemeinde-Casse abgedruckt und in angemessener Anzahl von Exemplaren Haus bei Haus vertheilt, so daß mindestens 1 Exemplar einem jeden selbständigen Einwohner der Ortschaft, ohne Rücksicht auf Stimmberechtigung in der Gemeinde, zugestellt werden kann;
7. jährlich wird die Flur-Ordnung wenigstens einmal öffentlich in einer Gemeinde-Versammlung verlesen;
8. Aenderungen oder Ergänzungen der bekannt gemachten Flur-Ordnung bedürfen eines Gemeindebeschlusses und obrigkeitlicher Bestätigung.



